

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 5

Artikel: Von Kaste zu Klasse
Autor: Schüler, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von Kaste zu Klasse

ALFRED SCHÜLER

Wir veröffentlichen hier den in unserer Mainnummer in Aussicht gestellten ersten Aufsatz unseres Mitarbeiters Dr. Alfred Schüler über Indien. Weitere Aufsätze werden in zwangloser Reihenfolge erscheinen.

Die Redaktion

«Indien bietet heute ein Bild, das sich aus Hoffnung und Angst zusammensetzt, aus bemerkenswerten Fortschritten und, zur gleichen Zeit, aus Trägheit, aus einem neuen Geist und der Leichenhand der Vergangenheit, der Vorrechte, aus wachsender Einheit und vielen sprengenden Tendenzen. . . Wir treten der Zukunft mit der Bürde unserer Vergangenheit gegenüber, mit dem konfusen Träumen vom Kommenden, das wir zu bauen versuchen.» So Jawaharlal Nehru in einem Vortrag über das Thema «India today and tomorrow», den er zum Andenken an den Malauna Abul Kalam Azad im Februar 1959 gehalten hat, elf Jahre nach der politischen Unabhängigkeit und mindestens ein Jahrzehnt vor der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der 436 Millionen Inder. Dieser im Ausland kaum bekanntgewordene (1960 bei «Orient Longmans, Calcutta», erschienene) Vortrag, spontan, perspektivisch, blumig, enthält eine Quintessenz der Ansichten des indischen Premierministers. Im Innern diagnostizierte Nehru «ein Zusammenprallen von Impulsen zu einer größeren Integration mit den zentrifugalen Kräften, die den alten Nationalismus vertreten». Draußen, in der Welt, sah Nehru den Nationalismus als die stärkste Kraft — «selbst in Europa wird der Nationalismus mehr und mehr offensichtlicher». Die trennende Kluft erkannte Nehru zwischen unterentwickelten Habenichtsen und jenen entwickelten Ländern, die sich zunehmend angleichen, die ununterscheidbar werden, im Osten wie im Westen einen Wohlfahrtsstaat und eine klassenlose Gesellschaft anstrebten und die darob starr geworden seien — und «das bedeutet, daß der Status quo hingenommen werden muß, auf dem politischen wie dem wirtschaftlichen Felde». Seine bekannte Vision für Indien — «a socialist pattern of society» — umschreibend, sagte Nehru, in die Zukunft blickend: «Ich erwarte, daß die engstirnigen Konflikte im Namen von Religion oder Kaste, von Sprache oder Provinzialismus aufhören und daß eine klassenlose und kastenlose Gesellschaft aufgebaut wird. . . insbesondere hoffe ich, daß der Fluch der Kaste beendet wird, denn auf der Grundlage der Kaste kann es weder Sozialismus noch Demokratie geben.»

Konflikten ausweichen

Mehrmals zitiert, zog sich durch Nehrus Analyse ein aufschlußreiches Leitmotiv: Konflikte vermeiden. Ein hinduistisches Leitmotiv. Durch Nichteinmischung, durch Toleranz, durch raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt verhindern, daß vorhandene Spannungen in Konflikte übergehen — das ist wahrscheinlich das eigentliche Problem in dem großen indischen Experiment. In dieser Phase, in der die Kastenstruktur allmählich in eine Klassenstruktur übergeht, hoffen die Weitsichtigen, daß die unifizierenden Kräfte — Industrialisierung und Technisierung — den Wettlauf mit der Zeit gewinnen und schließlich verhindern werden, daß die zahlreichen Spannungen in Indien in offene Konflikte aufbrechen. In dieser gefährlichen Dekade ist diese bange Kalkulation der größere Rahmen, in den die Erfolgsberichte der Fünfjahrespläne, in den die Fragen der Entwicklungshilfe gestellt werden müssen. Wirtschaftlich gesehen ist die gegenwärtige indische Situation mit der der Vereinigten Staaten im Jahre 1850 verglichen worden. Und in Amerika setzte die Unifizierung des Kontinents erst nach einem Sezessions- oder Bürgerkrieg ein.

Es gibt Spannungen in der Horizontalen: zwischen dem Zentrum in Delhi und den Staaten. Diese Spannung wird anhalten, solange der «Kongreß», der seinerseits wiederum mit den Regionalparteien in einer Spannung liegt, die einzige Parteiorganisation auf nationaler Ebene ist; sie wird in dem Augenblick gefährlich werden, in dem Nehru geht und der «Kongreß», der eigentlich eine Freiheitsbewegung und nicht eine politische Partei im westlichen Sinne ist, seinen Elan verliert und in einen konservativen und einen fortschrittlichen Flügel zerfallen würde. Es gibt Spannungen in der Vertikalen: zwischen den sozialen Gruppen, die durch kein einheitliches Nationalgefühl zusammengehalten werden und in denen ein jahrhundertealter Gruppenegoismus das Vorantreiben des Gemeinnutzes erschwert; zwischen den Kasten, die in die Lokalpolitik eindringen und damit erstmals einen politischen Ausdruck gefunden haben; zwischen den Zeitaltern, die im indischen Bewußtsein wie Gesteinsschichten übereinander liegen. Es gibt soziale Konstanten auf nationaler Ebene, die das Ganze in einer Krisensituation zusammenhalten würden: die Beamten-schaft beispielsweise, aber auch die Armee. Es fehlt jedoch noch eine nationale Elite. Auch das Sprachenproblem erschwert die Ausbildung einer nationalen Elite. Offiziell ist die Hindi-Sprache lingua franca; tatsächlich setzen sich in den Debatten der Staats-Legislativen zunehmend die 14 Landessprachen durch. Das Englische war eine der einigenden Kräfte. Nur gärten unter der anglisierten Schicht regionale Renaissancen, zunächst in der Sprache, dann in der Literatur, selbst in den Kommunikationsmitteln, die wiederum regionale Eliten entstehen ließen, die mit der Zeit auch ihren politischen Anspruch in Delhi geltend machen werden.

Bisher vermochte Indien im Siebenmeilenstiefelschritt voranzumarschieren

und trotzdem Konflikte zu vermeiden. Die Entmachtung der 550 Prinzen ist ein zwar kleines, aber instruktives Beispiel. (Stalin habe ihm gegenüber seine Bewunderung ausgedrückt, erzählt Dr. Radhakrishnan, der indische Vizepräsident, daß die indische Regierung die Prinzen mit einem Verwaltungsakt sozusagen in Staatspensionäre umwandeln konnte, ohne daß es zu Konflikten kam.) In den letzten Jahren sind jedoch die zentrifugalen Kräfte stärker geworden: «provincialism», «lingualism» und jener merkwürdige «communalism», wie das politisierte Kastenwesen, das es offiziell nicht mehr gibt, euphemistisch umschrieben wird. Und noch ist Indiens Einheit nicht auf die Probe gestellt worden.

Kastenlose Gesellschaft ist noch fern

Es läßt sich fragen, wann Nehrus Erwartung einer kastenlosen Gesellschaft sich erfüllt haben wird. Der Übergang von Kaste zu Klasse ist ein langwieriger, beschwerlicher Prozeß, der in den 73 Städten (mit 71 Millionen Einwohnern) angefangen hat; in den 550 000 Dörfern (mit 358 Millionen Bewohnern) hingegen ist die Kastenstruktur ungeschwächt. Dort fehlt sowohl der Bürokratie wie den demokratischen Idealen weitgehend die Macht, um die natürliche, gewachsene Autorität durch eine demokratische, eine gewählte zu ersetzen. Europäer, die in vielen Jahren einen Einblick in das Labyrinth der 2700 Kasten und Unterkasten erhalten haben, prophezeien rundweg, daß es zwei oder drei Generationen dauern werde, bis das eiserne Kastengerüst eingefallen sei. Die Aufhebung der «Unberührbarkeit» allein bedeutet ja nicht etwa, daß sich die Kastenordnung auflöst. Die Schwierigkeiten, die sich einer Integration der «Unberührbaren» entgegenstellen, sind aufschlußreich: Seit 1955 ist es strafbar, die 55 Millionen «Unberührbaren», die von Gandhi bekanntlich «Harijans» oder «Kinder Gottes» genannt wurden, zu diskriminieren. Trotzdem steht die Integration der «Unberührbaren» weitgehend noch auf dem Papier. Um sich das Ausmaß des Problems zu vergegenwärtigen, hätte man sich vorzustellen, daß 50 Millionen — etwa sämtliche Spanier — über ganz Europa verstreut lebten, daß Jahrhunderte hindurch gegolten hätte, daß ihnen Gotteshäuser, Brunnen, Hotels, Krankenhäuser, Straßen, Schulen, die den Nicht-Spaniern zugänglich sind, verschlossen sind, und daß sie, wie auch die «öffentliche Meinung», wissen, daß keine Macht dieser Welt, keine politische Revolution, kein Verwaltungsakt, sie von der Erfüllung ihrer erbarmungslosen Pflicht, nämlich minderwertige «Unberührbare» zu sein, befreien kann. Plötzlich ist diese eingeschlifene Diskriminierung strafbar.

Der von der indischen Regierung herausgegebene achte «Report of the Commissioner for the Scheduled Castes and Scheduled Tribes» läßt einige der Schwierigkeiten bei der Emanzipation der «Unberührbaren» erkennen: Bei

der Hälfte der nur 550 Fälle von Diskriminierung gegen «Unberührbare», die im Jahre 1958 gerichtlich verfolgt wurden, liefen polizeiliche Untersuchung und Gerichtsverfahren ein Jahr lang; diese kostspieligen Verzögerungen erlauben es mittellosen «Unberührbaren» nicht, einen Prozeß anzustrengen. Die Höchststrafe, die verhängt werden kann, beträgt 500 Rs. oder 6 Monate Gefängnis; oftmals wurden jedoch lächerlich geringe Strafen von 2 Rs. (Fr. 1.80) verhängt. Die Kasten-Hindus haben zudem Wege gefunden, um das Gesetz zu umgehen. In Benares, der «heiligen» Stadt beispielsweise, ist der öffentliche Vishwanath-Tempel tatsächlich den «Unberührbaren» zugänglich gemacht worden; daraufhin haben die wohlhabenden Kasten-Hindus, weil der Vishwanath-Tempel damit «beschmutzt» worden war, an einem anderen Ghat einen privaten Vishwanath-Tempel bauen lassen, bei dem sie den Zutritt kontrollieren dürfen. Damit, daß viele Tempel sich in Privatbesitz befinden — in Kerala gehören viele Tempel den Namboodiripads, jener Brahmanen-Kaste, zu der der frühere kommunistische Ministerpräsident Namboodiripad gehört —, wird es begründet, daß den «Unberührbaren» der Zutritt verweigert wird.

Eine indische Studiengruppe über das «Unberührbaren»-Problem hat berichtet, daß gegen 57 Prozent der «Unberührbaren» nach wie vor Diskriminierungen erleben; daß 36 Prozent der «Unberührbaren» sich scheuen, von ihren neuen Rechten Gebrauch zu machen, weil sie wirtschaftlich von Kasten-Hindus abhängig sind. Einige der typischen Beschwerden lauten etwa: In Madhya Pradesh wurde der Frau eines Polizisten, die in einem staatlichen Wohnblock lebt, von den Frauen der Kasten-Hindus nicht gestattet, den gemeinsamen Wasserhahn zu benutzen; sie beschwerte sich bei der Polizei, die nicht eingriff; die Frauen der Kasten-Hindus verprügelten die «Unberührbare». In Orissa wurden in einem Dorf die Häuser der «Unberührbaren» in Brand gesetzt, weil sie darauf bestanden hatten, den öffentlichen Brunnen zu benutzen. In Rajasthan weigerten sich Coiffeure, die «Unberührbaren» zu bedienen. Kein Gesetz — vielleicht nicht einmal die Hebung des Lebensstandards, um den sich die Regierung bemüht —, nur eine Mutation in der «öffentlichen Meinung» wird die «Apartheid» aufheben können, in der man die scheuen, abgestumpften Harijans trifft, abseits von der Mehrheit, in Hütten am Rande der Dörfer, Gleichberechtigte als «Bürger», aber nicht als Menschen.

Die Kebrseite ist Konservativität

Wie gesagt, die Kastenstruktur mit ihren Tabus ist intakt, und der europäische Besucher merkt bald, daß auch er von den geschulten Augen der Inder einer niederen oder höheren «Kaste» zugeteilt wird. «Wenn ich einen indischen Geschäftspartner habe, der Rindfleisch isst», sagt ein europäischer Geschäftsmann, «so weiß ich, daß mit ihm irgend etwas nicht stimmt. Der Mann steht abseits,

er schließt sich selbst aus.» Mit der Zeit versteht der Besucher, weshalb indische Bekannte, die er zum Essen einlädt, die Einladung ausschlagen, entweder «schon gegessen» haben oder «bald essen» werden; und er wird sie mit der Einladung, mit ihm, einem «Unberührbaren», zu essen, nicht mehr in Verlegenheit bringen.

Auf der anderen Seite ist aber auch zu fragen, was eine «kastenlose Gesellschaft» eigentlich mit sich bringen würde. Kaste, eine kleine soziale Einheit, ist eine der verschiedenen sozialen Ausformungen des Hinduismus. Mit einer infernalischen Fatalität bestimmt sie für ihren Angehörigen nicht nur alles in diesem Leben, von der Geburt bis zur Kremation, sie legt auch noch sein nächstes Leben fest. Gleichzeitig ist sie, zusammen mit dem «joint family system», ein winziger Wohlfahrtsstaat, in dem jeder für jeden verantwortlich ist. (Das Arbeitslosenproblem ist deshalb noch nicht gefährlich geworden, weil vielfach einem Verdienenden eine Traube arbeitsloser Familienangehöriger anhängt und von ihm unterstützt wird; Sozialarbeiter, die in «Familienplanung» oder «Geburtenkontrolle» aufklären, sollen einen Dorfbewohner nicht nur über den Gebrauch von empfängnisverhütenden Mitteln unterrichten, sie haben die schwierigere Aufgabe, ihm die Lebenserfahrung auszureden, daß viele Kinder eine um so größere «Altersversicherung» bedeuten.) Wo Kaste und das «geschlossene Familiensystem» funktionieren, ist andererseits persönliche Initiative nutzlos: Alle klettern gemeinsam oder keiner; für den Einzelnen ist sozialer Aufstieg fast unmöglich. Selbst in einer Sozialschicht, in der westliches Wettbewerbsdenken vermutet werden sollte, hält die «geschlossene Familie» ihre Angehörigen gefangen. Ein höherer Angestellter in einem Konzern, die rechte Hand des europäischen Chefs, erzählte in jenem Tonfall, in dem bei uns über die Steuerlast gestöhnt wird, daß er unlängst eine unglaublich hohe Summe als Mitgift für seine Schwester gezahlt habe, eine Summe, die seinen persönlichen Lebensstandard auf Jahre hinaus belasten und drücken wird. Es ist aber ganz undenkbar, daß dieser Angehörige des Mittelstandes, jener Schicht, in der die Renaissance des Hinduismus am ausgeprägtesten ist — 500—700 Rs. Einkommen —, sich seiner Pflicht entziehen könnte, seine Schwester mit Bezahlung der von ihrem zukünftigen Schwiegervater ausgehandelten «Dowry» zu verheiraten. Inzwischen, im Mai dieses Jahres, ist im Lok Sabha ein Gesetz verabschiedet worden, das die «Dowry» abschafft. Aber wird ein Gesetz von der mit der Religion verbundenen Pflicht entbinden? «Es ist irgendwie die Furcht vor den Göttern, die uns im Blute liegt», meinte der Prokurist, als wir in einem Restaurant saßen, in dem am Nachmittag eine indische Jazz-Kapelle spielte.

Das Kastenwesen hat isolierte Gruppen integriert. Und das Kastenwesen wirkt, politisch gesehen, stabilisierend. Das System war stabil, weil es den niederen Kasten nicht einmal ein Motiv ließ, eine Änderung des Ganzen anzustreben. Es ließ aber auch jene eigenartige, für einen Europäer befremdende

Härte aufkommen, mit der die Inder gegeneinander verfahren. Kommunisten, die erwarten, daß der Industrialisierungsprozeß das Kastensystem und damit das Erzkonservative in der indischen Gesellschaft auflösen wird, werfen gelegentlich den Europäern in Indien vor, daß sie insgeheim das Kastenwesen stützen, weil sie wissen, daß der Kommunismus in Indien erst dann eine Chance haben wird, von unten her wirksam zu werden, wenn das Kastengerüst zerbröckelt sein wird.

In den Großstädten lösen sich die Kastenbindungen am raschesten; weniger, weil sich etwa in öffentlichen Verkehrsmitteln die Kastenschranke nicht aufrechterhalten ließe — ein Kasten-Hindu wird während einer langen Fahrt in einem Eisenbahnabteil nichts zu sich nehmen und, ans Ziel gelangt, zuerst rituelle Waschungen vornehmen, sich von der «Vergiftung» reinigen, bevor er seinen Hunger stillt. Die Kastenbindungen lösen sich vielmehr in der Anonymität der Großstädte. Landflucht bedeutet auch ein Entkommen aus dem Kastensystem, aus dem Gruppen-Käfig, in dem es zwar Achtung, Anerkennung, Sicherheit und eine gewisse Freiheit gibt, in dem aber das Ego nur ein unbedeutendes Glied in einer Ahnenkette ist. Ein Außenstehender wird kaum entscheiden können, ob die Kasten-Disziplin den Indern im Rückgrat sitzt oder nur von außen her auferlegt ist. Allgemein jedenfalls scheint die Wahrung der Tabus (Heirat, Essen) weniger auf einer persönlichen Entscheidung zu beruhen als auf dem Diktat der «öffentlichen Meinung», die sich auf dem Lande in den spitzen Zungen der wachsamen Älteren wirksam kundtut. Was die Nachkommen, die dem Zug in die Großstädte gefolgt sind, in der Ferne treiben, will diese «öffentliche Meinung» nicht mehr wissen oder sie drückt bewußt beide Augen zu. Kalkutta, die größte, freieste, grausamste Stadt, ist zu einer Nachtmar selbst für Nehru geworden.

Kalkutta sehen und...

Groß-Kalkutta mit seinen 34 Vororten hat 5,5 Millionen Einwohner, wie die letzte Volkszählung ergeben hat. Die tatsächliche Einwohnerzahl dieser unerfaßbaren Stadt, die von Volkszählern nicht durchgekämmt werden kann, wird auf 6 Millionen geschätzt. Am gelben, schmutzigen Hooghly gelegen, von dem aus Teile der Stadt mit ungefiltertem Wasser versorgt werden, mit einem verschlammenden Hafen, in dem 40 Prozent der gesamten Ausfuhrtonnage umgeschlagen werden, und mit der phantastischen jährlichen Bevölkerungszuwachsrate von 4,9 Prozent (Indien: 2,15 Prozent) ist Kalkutta ein sozialer und politischer Unruheherd.

Die Kassandras haben geunkt. Spezialisten der Ford-Foundation haben einen warnenden Bericht über Kalkutta geschrieben. Die «World Health Organization» ist vor einigen Monaten zu dem Schluß gekommen: «Ein Unheil

von größerem Ausmaß droht in der allernächsten Zukunft und kann nur durch rigorose und umfassende Maßnahmen vermieden werden.» Vor allem über die Wasserversorgung war die WHO beunruhigt; daß ungefiltertes Wasser ins städtische Netz gepumpt wird und daß deshalb die Stadt jedes Jahr von neuem von Epidemien heimgesucht wird. Die WHO schlug vor, daß ein autonomer «Stadtrat» mit echten Vollmachten geschaffen werden sollte. Da sich nämlich die unklar begrenzten Verantwortungen der Staatsregierung und der Stadtverwaltung überschneiden, herrscht eine Situation, in der für bestimmte städtische Probleme niemand zuständig sein will. Pessimisten in Kalkutta befürchten indessen, daß die westbengalische «Kongreß»-Regierung unter Dr. B. C. Roy, die ihre Aufmerksamkeit auf die intensive Industrialisierung des Landes konzentriert und die den Staat Westbengalen zu einem indischen Ruhrgebiet ausbauen möchte, das gerötete, kommunistische Kalkutta bereits für verloren halte und abgeschrieben habe.

Eine erste statistische Erhebung über das Stadtgebiet Kalkutta, im Auftrage des «Research Programmes Committee» in der indischen Planungskommission durchgeführt, ist im vorigen Jahr abgeschlossen worden. Fünf Jahre lang hat ein Soziologen-Team, das von Dr. S. N. Sen, dem Ordinarius für Volkswirtschaft an der Universität Kalkutta, geleitet wurde, an dieser eingehenden Repräsentativbefragung gearbeitet. Das Ergebnis ist unter dem Titel «The City of Calcutta — A socio-economic Survey» (Bookland Publishers Ltd., Calcutta) veröffentlicht worden. Das Buch ist wie das «Röntgenbild» einer sterbenskranken Metropolis.

Der Besucher, der diese Untersuchung nicht kennt, wird im kochenden, brodelnden Kalkutta nur oberflächlich erschüttert, einer Stadt, die heruntergekommen, verwirtschaftet, verlebt, vergeistert wirkt, gleichsam wie Quartiere östlich der Pariser Bastille, nur die Einwohnerzahl vervielfacht und die grauen Steinhäuser verfallener. Er sieht die berühmte Howrah-Brücke und rundum unvergeßliche Slums; er sieht, daß selbst in der Innenstadt unter Torbögen, unter Treppenabsätzen, in Souterrainischen Menschen nisten — daß bitterstes Elend auf engstem Raume mit gleichmütigem Luxus koexistiert. Als Königin Elisabeth Kalkutta besuchte, wurden in den Straßen der Innenstadt, durch die sie fuhr, die Vorderfronten der Häuser übertüncht; die Rückseiten blieben nackt. Sobald er sein Hotel verläßt, umkreisen schattige, fragwürdige Gestalten den Fremden wie Lemuren, flüsternd, wispernd, unermüdlich, in der Hoffnung, ein paar Annas zu verdienen. «Shoe Shine? Sightseeing? White girl? Chinese woman? Well, what do you want, Sahib?» Rikscha-Kulis, einer, zwei, drei, trappeln nebenher, konkurrierend, hundert Meter weit, schreien, gestikulieren, wehklagen, lassen sich nicht abweisen, weitere hundert Meter weit, denn vielleicht ändert der Sahib seinen Sinn, steigt doch noch ein — und ein paar Münzen sind verdient. Ein Europäer, der seit Jahren in Kalkutta lebt, erzählt: «Meinem indischen Chauffeur habe ich die strikte Anwei-

sung gegeben, bei einem Autounfall sofort aus dem Wagen zu springen und Reißaus zu nehmen. Das Auto ist sicherlich verloren; es wird zertrümmert, verbrannt. Aber der Fahrer kommt vielleicht mit heiler Haut davon.» Ein anderer Europäer will einem das Gruseln beibringen: «Es würde mich 20 Franken kosten und Sie leben morgen nicht mehr.» In dieser Stadt sind grausame Not mit der Sensibilität und Heißblütigkeit der Bengalen eine unheilvolle Verbindung eingegangen. Rasch und unversehens lodert der Mob auf. Als die Nachricht vom Tode Lumumbas in Kalkutta bekannt wurde, demolierte der Mob das belgische Konsulat, und die westbengalische Regierung ließ vorsichtshalber vor den Privathäusern der weißhäutigen Diplomaten Polizisten patrouillieren. Demonstrationswellen — für dieses oder gegen jenes — rollen fast täglich durch die Straßen; sie fluten und verebben mit einer Präzision, die die Vermutung aufkommen läßt, die wilde Claque könne geheuert werden. Kurz — ein Besucher ritzt nur an der Oberfläche, und das Herz wird weich oder mürbe, bald kalt; Menschen, Menschen, aber man sieht die Gesichter nicht mehr. Qualitatives scheint in diesem Kessel in Quantitatives zurückzuschlagen. Erst die nüchternen Statistiken des Soziologen-Teams lassen hinter den Symptomen die Krankheitsursachen erkennen.

Heerlager der Ungebundenen

Kalkutta ist eine Männerstadt. Für je 1000 Frauen werden 1754 Männer gezählt. Anders gerechnet: Kalkutta hat 65 Prozent Männer und 35 Prozent Frauen. Und die Chancen der unfreiwilligen Junggesellen, die heiraten möchten, verringern sich dadurch, daß die Zahl der Ehen, die vom Zufall gestiftet und nicht von den Verwandten arrangiert und dann von Astrologen festgelegt werden, gering ist. Kalkutta ist sodann eine Stadt der Wurzellosen: 45 Prozent der Gesamtbevölkerung sind «Zugewanderte» (nach 1935 in Kalkutta seßhaft geworden) ; 17 Prozent sind «displaced persons», politische Flüchtlinge aus Ost-Pakistan, die nach der Teilung des Subkontinents zugezogen sind. Die Mehrheit dieser Flüchtlinge, argumentiert Dr. Sen, gehöre der Mittelklasse an: sie haben eine vergleichsweise bessere Erziehung genossen, sie hatten früher Grundbesitz oder ein höheres Einkommen, und sie hängen deshalb an Erinnerungen, sie kultivieren ihre Ressentiments; vor allem sie füllen die Kader der kommunistischen Partei.

Die Hälfte aller statistischen «Haushalte» in Kalkutta sind «alleinstehende Personen»! Von diesen Alleinstehenden, die von ihren Familien nicht mehr gehegt, aber auch nicht mehr kontrolliert werden, schlagen sich 85 Prozent als ungelernete Arbeiter durch. 87 Prozent verdienen zwischen 30 und 100 Fr. im Monat. (Das durchschnittliche Jahreseinkommen in Kalkutta ist zwar während der letzten fünf Jahre auf 560 Fr. gestiegen; gleichzeitig ist aber das Realein-

kommen um 4 Prozent gesunken). Da Kalkutta eine Handelsmetropole ist, die 1350 mittlere und kleinere Industrieunternehmen mit 136 000 Beschäftigten hat, arbeiten diese Alleinstehenden als (nach der Häufigkeit numeriert): 1. Träger (11,4%), 2. Hausangestellte, Köche, Gärtner (10,1%), 3. Diener, Nachtwächter, Fahrstuhlführer (9,2%), 4. Verkäufer an einem kleinen Stand (8,6%), 5. Rikscha-Kulis, Straßenkehrer (5,4%), 6. Wächter, Coiffeure, Tütenkleber (5,1%). Erst an 10. Stelle kommen Büroangestellte (3,7%), erst an 12. Stelle die Fabrikarbeiter (3,3%). Die allgemeine Arbeitslosigkeit wird mit 7,6 Prozent angegeben; unter den Jugendlichen zwischen 15 bis 24 Jahren beträgt sie indessen 30 Prozent. Von den berufstätigen Frauen arbeiten 32% als Hausangestellte, 10,4% als Prostituierte; nur 6% in Büros.

Zu einem sozialen Seuchenherd wird Kalkutta durch die unvorstellbaren Wohnverhältnisse: Nur 7,4 Prozent der Stadtbewohner haben eine abgeschlossene Wohnung oder ein Haus. 44 Prozent leben in «pukka» («ordentlich») oder «semi-pukka» Wohnungen, die nach europäischen Maßstäben gemessen zum größeren Teil Slums sind. 28 Prozent leben in «kutchas», den indischen Slums: Bambusrohre, Sacktuch, Wellblech, Erdlöcher. Das Soziologen-Team beschreibt einen Eindruck: «Häuser, die die Bewohner kaum vor dem Regen schützen... ungelüftet... wenig Sonnenlicht... ein städtischer Hydrant, weit entfernt, wird von etwa 200 Menschen gemeinsam benutzt... die Menschenschlangen vor diesen Hydranten sind ein bedrückender Anblick... in der Ekbalpore Lane fanden wir, daß Dutzende vor einer städtischen Latrine warteten... die städtischen Latrinen werden nicht öfter als zweimal im Monat gesäubert... sehr selten fanden wir, daß Kinder eine Schule besuchten.» Trotzdem muß in Kalkutta durchschnittlich 15 Prozent des Verdienstes für Miete aufgewendet werden. Allein die Slum-Beseitigung in der Stadt würde 2,5 bis 3 Milliarden Franken kosten — oder das Drei- bis Vierfache des gegenwärtigen jährlichen Steueraufkommens im gesamten Staat West-Bengalen.

Die soziale Unstabilität wird erhöht durch das «akademische Proletariat»: Die Stadt, in der 83 Muttersprachen und Dialekte gesprochen werden, hat zwar mit 33 Prozent einen verhältnismäßig niedrigen Analphabetenteil. (Allerdings: Nur einer von sechs Einwohnern liest ein Buch im Jahr, nur jeder Dritte liest eine Zeitung). 14 Prozent der Stadtbevölkerung sind «Oberschul- und College-Absolventen»; zur Mehrheit darben sie jedoch als unzufriedene Büroangestellte. 22 Prozent der Arbeitslosen sind «Akademiker».

Jeder Ausblick wird schließlich dadurch vollends verdüstert, daß die Bevölkerung der Stadt sich jährlich um 4,9 Prozent vermehrt. Jedes Jahr wächst Kalkutta etwa um die Einwohnerschaft Basels. Dr. Sen schreibt: «Es ist erforderlich, daß in den nächsten fünf Jahren mindestens 3,5 Milliarden Franken investiert werden, wenn allein für den Bevölkerungszuwachs Unterkunft, Schulen, Arbeitsstellen beschafft werden sollen.» Das gigantische Ausmaß der Probleme Kalkuttas läßt sich daran ermessen, daß für eine Sanierung der Stadt

eine Summe erforderlich wäre, die 6,6 Prozent der Gesamtinvestitionen (öffentlichen wie privaten) des zweiten Fünfjahresplanes entspräche.

Dabei sind in dieser Erhebung über Kalkutta all die Tausende und Abertausende, die auf den Straßen vegetieren und schlafen, unter Torbögen, Brücken, auf Gerüsten, in Booten, Baracken, Hospitälern, Lepra-Stationen, noch nicht einmal erfaßt worden. . . das mobile Elend, das niemand gezählt hat, das keiner zählen wird.

KP und das Jahr 2000

In Kalkutta hat die indische kommunistische Partei fest Fuß gefaßt. Nicht zufällig hat sie in dieser Brutstätte der Hoffnungslosigkeit ihre «Dogmatiker», «Stalinisten», «Anti-Revisionisten» und ihren China-Flügel, während der «Revisionisten»-Flügel mit dem kommunistischen Gewerkschaftsführer S. A. Dange im aufstrebenden Bombay zu Hause ist. Promode das Gupta, der Generalsekretär der westbengalischen KP, der als ein Steigbügelhalter für den jungen, intellektuellen China-Fanatiker Horekrishna Konar angesehen wird, erzählt mit Gelassenheit, daß die KPI in Kalkutta auf sicherem Gelände operiere. Mit dem wachsenden «sozialen Bewußtsein», wie er es nannte, erhöhten sich auch die Aussichten der Kommunisten. Das Projekt einer großen «Satellitenstadt», die vor Kalkutta, in Behala, gebaut werden soll, haben die westbengalischen Kommunisten kritisiert und abgelehnt. Über diese Satellitenstadt haben im Frühjahr Gespräche zwischen der westbengalischen Regierung und der West-Berliner Stadtverwaltung stattgefunden. Zur Debatte stand, ob West-Berlin die Patenschaft für Kalkuttas Satellitenstadt mitübernehmen würde.

Rund um Kalkutta — allerdings durchschnittlich 250 km entfernt — entstehen vier neue Stahlwerke, mit denen das Indien von übermorgen verwirklicht werden soll. Wenn sie einmal voll angelaufen sein werden, wird jedes Werk 100 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Nur zusammen mit anderen industriellen Projekten, die die Stahlwerke noch anziehen werden, könnten sie den Bevölkerungsdruck in Kalkutta etwas entlasten.

Die weitere Zukunft indessen ist finster. Im vergangenen Sommer wurde von der Ford-Foundation und der «University of California» eine Konferenz indischer und amerikanischer Stadtplaner und Soziologen durchgeführt, auf der allen Ernstes damit gerechnet wurde, daß Kalkutta im Jahre 2000, wenn die wirtschaftliche Entwicklung anhalte, 66 Millionen Einwohner haben werde! (Für Bombay wurde eine Bevölkerung von 22 Millionen erwartet).-Anders gesagt: die soziale Entwicklung wird mit der wirtschaftlichen kollidieren. Denn die Befürworter der 66-Millionen-Metropolis argumentierten, daß die Landflucht und eine Verstädterung in diesem Ausmaß in Kauf genommen werden müsse, wenn Indiens wirtschaftliche Entwicklung nicht behindert werden

soll; die Großstädte seien wirtschaftliche Kraftzentren, und es wäre falsch, die Industrie aufs Land zu schicken, fernab von Marktzugängen, Transportmitteln, Finanzinstitutionen. Die Kritiker dieser bedrohlichen Menschenballungen wiederum argumentierten, daß die finanziellen Ausgaben, die die Bewältigung einer derartigen Verstädterung verschlingen würde, die wirtschaftliche Entwicklung hemmen müßten; der Staat werde deshalb dem Zustrom in die Städte einen Riegel vorzuschieben haben.

Eine Gewerkschaft im Wandel der Zeiten

HERMANN HÄBERLIN

Seit dem Jahre 1937 sind der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller und vier Gewerkschaften durch das *bekanntes Friedensabkommen* verbunden und damit gehalten, alle Streitigkeiten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben zu erledigen zu suchen und während der Dauer der Vereinbarung unbedingt den Frieden zu wahren. Erst neulich hat dieses Abkommen eine neue Probe seiner Bewährung bestanden, indem es — von seinem Geiste inspiriert — gelungen ist, sich in der heiklen und umstrittenen Frage der stufenweisen Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 44 Stunden in der Woche auf eine Lösung zu einigen, die allerdings der Arbeitgeberschaft in erheblichem Umfange materielle Opfer auferlegen und betriebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Auf gewerkschaftlicher Seite ist Hauptpartner des Friedensabkommens der *Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband* (SMUV), der sich in einer wechselvollen Geschichte zur zahlenmäßig stärksten gewerkschaftlichen Organisation unseres Landes entwickelt hat. Der Versuch dürfte deshalb von Interesse sein, die äußere und innere Entwicklung dieser Gewerkschaft einmal zusammenfassend kurz zu skizzieren. Wir stützen uns dabei vorab auf die gedruckt vorliegenden Jahresberichte. Freundlicherweise wurde uns vom SMUV aber noch eine zusätzliche Dokumentation zur Verfügung gestellt, wobei uns die Dissertation von Dr. Albert Kamber («Der schweizerische Metall- und Uhren-